

## Die Lobby fordert weiter Geld

# Nord-Wirtschaft kritisiert Reiche-Plan

Keine Entschädigung für abgeregelten Windstrom: Verbände und Gewerkschaften sehen Standort in Gefahr

**Susanne Link**

**KIEL.** Die Sorge um den Energiestandort Norddeutschland eint Gewerkschaften und Wirtschaft. In einem Brief an Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche warnen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Nord, die Industrie- und Handelskammer (IHK) Flensburg sowie der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) Schleswig-Holstein vor den Folgen des geplanten Netzpakets. Laut den Unterzeichnern gefährdet der Gesetzentwurf Investitionen, Arbeitsplätze und die wirt-

schaftliche Entwicklung im Norden.

Anlass ist unter anderem die Änderung bei der Entschädigung für abgeregelten Strom. Produzieren Wind- und Solaranlagen mehr Energie, als die Netze transportieren können, müssen sie abgeschaltet werden. Dafür erhalten die Betreiber eine Entschädigung, die über die Stromrechnung der Kunden abgerechnet wird. Die Bundesregierung will diese Kosten senken. In Regionen, in denen mehr als drei Prozent des Stroms abgeregelt werden müssen, sollen neue Wind- oder Solaranlagen für zehn

Jahre keine Ausgleichszahlungen mehr bekommen.

„Der vorliegende Entwurf sendet ein völlig falsches Signal“, sagt LEE-Geschäftsführer Marcus Hrach. Die Regelung schaffe eine „erhebliche Investitionsunsicherheit“. Da die Abregelung stark vom Wetter abhängt, sei das finanzielle Risiko für neue Projekte künftig kaum kalkulierbar.

Auch Laura Pooth, Vorsitzende des DGB Nord, findet deutliche Worte: „Es wirkt, als will die Ministerin Reiche die Energiewende ausbremsen. Das ist aus unserer Sicht nicht nur falsch, sondern auch ge-

fährlich für unseren Standort.“ Schon jetzt führten die geplanten Änderungen sowie weitere energiepolitische Maßnahmen zu erheblichen Unsicherheiten. „Netzbetreiber werden ihre Ausbauplanungen reduzieren und das führt zur weiteren Blockade neuer Windräder und Solaranlagen“, sagt Pooth.

Sie richtet einen Appell an die CDU in Schleswig-Holstein: „Fangen Sie Ihre Ministerin ein.“ Deutschland könne sich einen Stillstand in der Energiepolitik nicht leisten.

Laut Björn Ipsen, Hauptgeschäftsführer der IHK Flensburg, sichern erneuerbare

Energien die notwendige Stabilität und Krisenfestigkeit der Energieinfrastruktur. „Schleswig-Holstein hat dafür beste Voraussetzungen, die nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen“, so Ipsen.

Die Verbände fordern einen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft, um den Ausbau nicht abzuwürgen. Auch politisch regt sich Widerstand: Neben dem Kieler Energieminister Tobias Goldschmidt (Grüne) und der SPD-Bundestagsabgeordneten Nina Scheer äußern selbst Unions-Politiker wie Mark Heifrich Bedenken.

### Zu: „Nord-Wirtschaft kritisiert Reiche-Plan“ (Ausgabe vom 20. März)

Mit Verwunderung lese ich die Überschrift. Ich meine, es müsste heißen: Die Mehrheit der Handwerker, Gastronomen, Vertreter von Industriebetrieben, Dienstleister usw. begrüßt die Pläne. Nur die Windkraftlobby fordert weiterhin Geld für nicht gelieferten Strom.

Der Leistungsbedarf für Strom in Deutschland beträgt rund 50 bis 70 GW. Die installierte Leistung aus Wind- und Solaranlagen in Deutschland ist inzwischen auf rund 190 GW angewachsen. Trotz der hohen Leistung liefern die Anlagen wetterbedingt entweder kaum bis keine Energie oder – wenn die Sonne scheint oder der Wind weht – viel zu viel, was dann regelmäßig abgeregelt, aber trotzdem bezahlt werden muss. Auch nach mehr als 20 Jahren Subventionierung können Wind- und Solaranlagenbetreiber nicht bedarfsgerecht Strom liefern. Das führt dazu, dass Deutschland weltweit zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen gehört. Dabei sind die jährlichen Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt noch gar nicht eingerechnet. Aber das zahlt ja der Staat und angeblich nicht der Bürger. Ich hätte es besser gefunden, wenn der Artikel die tatsächlichen Zusammenhänge besser dargestellt hätte.

*Gerhard Artinger, Bargteheide*